

ALPEN – GEMEINDE – NACHHALTIGKEIT



ISSN 1016-9954

Commission
Internationale
pour la
Protection
des Alpes

International
Alpenschutz-
Kommission

Commission
Internazionale
per la
Protezione
delle Alpi

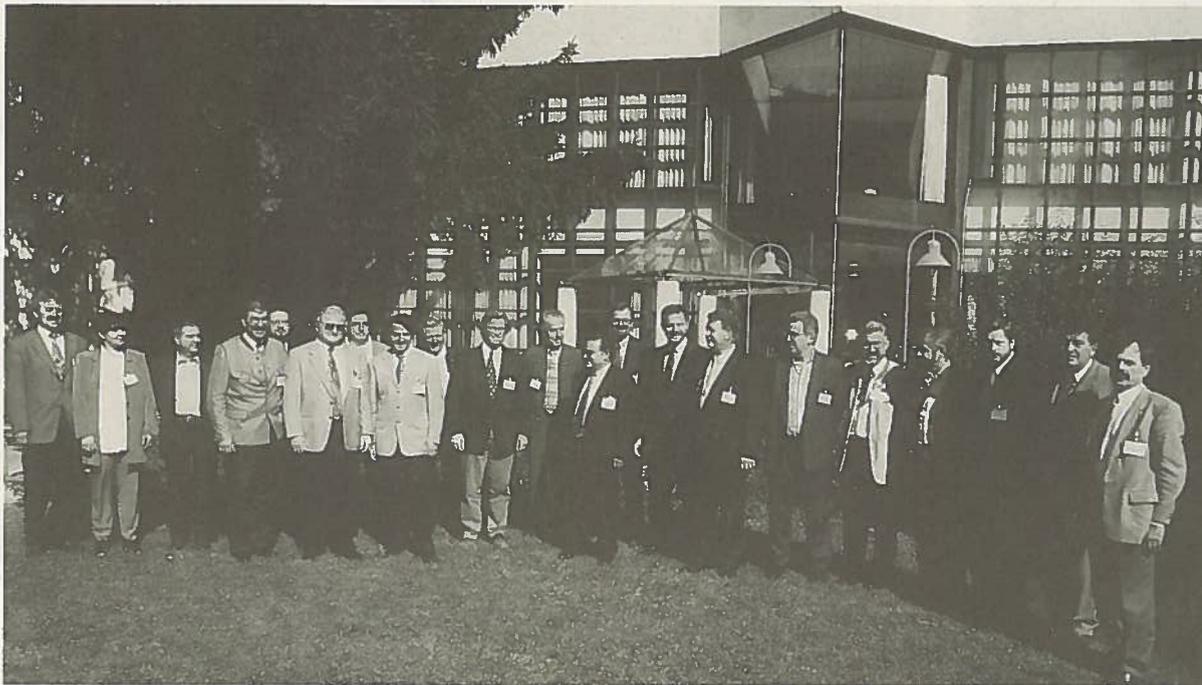
Mednarodna
komisija za
varstvo Alp

Im Bretscha 22
FL-9494 Schaan
Telefon 075 / 237 40 3
Telefax 075 / 237 40 3

Nr. 47
Dezember 1997

Deutsche
Ausgabe

Deutschland
Frankreich
Italien
Liechtenstein
Österreich
Schweiz
Slowenien



Die CIPRA-Jahresfachtagung 1997 in Bovec/SLO bot nicht nur interessante Referate, Diskussionen, Exkursionen, Filme und Präsentationen zum Thema «Alpen – Gemeinde – Nachhaltigkeit».

Neben all diesem wurde die Veranstaltung durch die Gründung des Vereins «Gemeindenetzwerk Allianz in den Alpen» gekrönt. Mehr dazu lesen Sie in dieser Nummer. Die Veranstaltung wird durch einen reichhaltigen Tagungsband dokumentiert, der im vorliegenden CIPRA-Info ebenfalls vorgestellt wird.

CIPRA-Jahresfachtagung	S. 2–6	Alpenkonvention	S. 9
Hauptreferate	S. 2–3	Kaum Fortschritte bei der Alpenkonvention	
Konferenzsplitter	S. 4	Österreich: Kommunikationsprogramm	
Präsidium und Delegiertenversammlung haben getagt	S. 4	Alpenkonvention	
Alpen – Gemeinde – Nachhaltigkeit – das Buch zur Konferenz	S. 5	Wann ratifizieren Italien und die Schweiz?	
Resolution für ein allgemeines Nachtfahrverbot für LKWs in den Alpen	S. 6	Wanderwege	S. 10
Resolution für ein allgemeines Verbot von Helikopterflügen zu touristischen Zwecken in den Alpen	S. 6	Babylonische Verwirrung? Nein, danke	
Gemeindenetzwerk Allianz in den Alpen	S. 7	Schutzgebiete	S. 11
Die Gemeinden nehmen das Schicksal des Netzwerks in die Hand		Regionale Naturparke: lokale Akteure als Entscheidungsträger	
Nachrichten	S. 8	Ehrenmitglied Dr. Fossil gestorben	
Broggi neuer WSL-Direktor		Bücher	S. 12
Neue Gesichter bei CIPRA-Österreich		Schauplatz Alpen	
Natura 2000 in Frankreich: man beginnt mit den Alpen		Alpenreport	
Förderungspreis Weissensee 1998		Good Practice Guide: Schutzgebietsbetreuung in Österreich	
		Feste im Alpenraum	

Ist Nachhaltigkeit mehr als eine konsensstiftende Leerformel?



Gerda Schneider, Landschaftsplanerin, Universität für Bodenkultur, Wien

Obwohl der Begriff «Nachhaltigkeit» bereits seit einigen Jahren in aller Munde ist und nicht nur die Politikerinnen und Politiker immer wieder bekunden, wie sehr sie eine «nachhaltige» Entwicklung anstreben, ist vom längst fälligen ökologischen Kurswechsel eigentlich nichts zu spüren. Was ist da wohl schiefgelaufen? Warum passiert nichts, obwohl sich doch alle über die anzustrebende Entwicklung einig sind? Ist der Begriff Nachhaltigkeit am Ende gar kontraproduktiv?

Gerda Schneider, Professorin für Landschaftsplanung an der Universität für Bodenkultur Wien lieferte im Einleitungsreferat der diesjährigen CIPRA-Jahreskonferenz einige interessante Antworten auf diese Fragen. Sie zeigte auf, wie der Begriff «Nachhaltigkeit» von verschiedensten Seiten zur Aufrechterhaltung bestehender Verhältnisse bzw. Entwicklungen missbraucht wurde und wird. «Forstliche Nachhaltigkeit» z.B. diente in der Zeit des Merkantilismus als Mittel zur Aufrechterhaltung ungleicher und ungerechter sozialer Strukturen. Und wenn heute in den Alpen bzw. den Alpengemeinden von einer «nachhaltigen Entwicklung» die Rede ist, dann ist oft nichts anderes gemeint, als die Industrialisierung eines «strukturschwachen

Raumes» nach dem verschwiegene Leitbild der (norddeutschen) Tiefebene. Kein Wunder, dass sich Umweltpolitik dann oft auf «technische» Massnahmen, wie Kanalisation und Kläranlagen, konzentriert. Ist Nachhaltigkeit also nicht viel mehr als ein wohlklingendes Wort? Weit gefehlt! Nachhaltigkeit ist genau das, was wir aus ihr machen. Als Bürgerinnen und Bürger, als Alpengemeinde und als Nichtregierungs-Organisation. Möglichkeiten haben wir genug. Nachzulesen sind sie u.a. im Tagungsband, so auch im Beitrag von Gerda Schneider. Dort wird neben anderen spannenden Ausführungen auch erklärt, warum in Alpengemeinden eine zunehmende «Hausfrauisierung» einkehrt...

Internet gezielt nutzen

Es gibt in den Alpen noch Menschen, die nicht via Internet mit der grossen, weiten Welt verbunden sind. Hoffnungslos rückständige Exemplare, die von Kommunikation keine Ahnung haben? Die letzten trutzigen Kämpfer wider eine Technologie-Lawine, die des Teufels ist?

Franz Nahrada von Municipia Österreich ist es gelungen, in seinem Beitrag die Vorzüge moderner Kommunikationstechnologie aufzuzeigen. Er tat dies jedoch nicht, ohne den Einsatz von «Internet & Co.» auch kritisch zu hinterfragen.

Im Zeitalter der immer schneller werdenden Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechniken hat man fast zwangsläufig immer das Gefühl, die allerneueste technologische Errungenschaft erwerben zu müssen, um die anstehenden Probleme zu lösen. Und vergisst dabei allzu häufig, sich zu fragen, worin denn die anstehenden Probleme überhaupt begründet sind. Und welche Entwicklung man anstrebt.

Wie stellt sich eine Gemeinde ihre Zukunft vor? Will sie den Feriengästen ein Programm bieten, das keinen Wunsch offen lässt? Oder will sie Arbeitsplätze für die Jugend im Dorf schaffen? Welche Möglichkeiten stehen den Frauen offen? Fragen über Fragen, die eingehend diskutiert werden sollten, und

zwar nicht nur vom Gemeinderat, sondern von möglichst vielen Gemeindebürgerinnen und -bürgern, am besten im Rahmen der Erarbeitung eines Leitbildes.

Erst wenn die angestrebten Ziele festgelegt sind, macht es Sinn, die Instrumente auszuwählen, die es ermöglichen, diese Ziele zu erreichen. Hier spielen Internet und e-mail für viele Gemeinden sicher eine herausragende Rolle. Die neuen Kommunikationstechnologien bieten dabei gerade für den ländlichen Raum ganz neue Möglichkeiten.

Franz Nahrada nennt in seinem Tagungsband-Beitrag einige sehr anschauliche Beispiele. Gleichzeitig warnt er davor, die neuen Technologien einfach «blind» zu nutzen, ohne sich vorher zu fragen, ob und wofür man sie eigentlich braucht. Sie sind kein Allheilmittel, und es gilt dasselbe wie für Beton, Verkehrsampeln und Güterzüge: Es kommt drauf an, was man draus macht.



Franz Nahrada, Soziologe, Municipia Österreich

Vom rechten Mass gegen den Landschaftsfrass

Wozu braucht ein Hausbauer eine Städteplanerin? Warum führt Zersiedelung zu mangelnden sozialen Kontakten? Was hat Lebensqualität mit dem Gemeindebudget zu tun?



Veronika Keckstein

Diese Fragen und viele andere beantwortete die Kärntner Architektin Veronika Keckstein sehr anschaulich anhand des konkreten Beispiels der österreichischen Gemeinde Kötschach-Mauthen.

Sie zeigte z.B., wie durch die Renovierung eines alten Hauses im Dorfkern und seinen Umbau in ein Mehrfamilienhaus erstens Leben ins Dorf gebracht und zweitens das Gemeindebudget entlastet wird. Der Abriss des Gebäudes und sein Ersatz durch ein Einfamilienhaus mit dem obligatorischen 3-m-Abstand von der Strasse

hingegen würde zu einem unersetzlichen Verlust von Urbanität führen.

Weiter wurde aufgezeigt, wie teuer die Erschliessung von Streusiedlungen ist, während es nicht nur billiger ist, sondern auch mehr Lebensqualität bringt, wenn Wege zu Fuss oder mit dem Rad erledigt werden können. Nicht nur die Umwelt wird entlastet, sondern - was mindestens genauso wichtig ist - es können auch all jene am sozialen Leben teilhaben, die kein Auto haben. Und die Kinder verbringen ihr Leben dann vielleicht auch anderswo als in der Schule, im Auto und im elterlichen Heim.

Das Referat brachte dem Publikum grundlegende, oft abstrakte planerische Probleme und Lösungen anhand von ganz konkreten Beispielen näher.

Vom Nationalpark als Motor nachhaltiger Entwicklung

Wie an so vielen anderen Orten stiess auch im Gebiet des Triglav die Gründung eines Nationalparks nicht auf ungeteilte Zustimmung. Dazu kam das Problem der Abwanderung. Janez Bizjak, Direktor des Triglav Nationalparks referierte in Bovec über die nachhaltige Entwicklung im Triglav-Gebiet.



Janez Bizjak

Den BesucherInnen der Konferenz wird wohl neben der smaragdnen Soča vor allem die bezaubernde Kulturlandschaft des Triglav-Gebietes in Erinnerung bleiben. Diese bildet auch die Grundlage der Arbeit der Nationalparkverwaltung. Und es überrascht nicht, dass der Kooperation von Tourismus und Landwirtschaft eine zentrale Rolle zukommt.

Drei der sechs Gemeinden des Nationalparks haben bereits ein Konzept für eine nachhaltige Entwicklung ausgear-

beitet - zwei davon im Rahmen des Gemeindeforschungsnetzwerkes «Allianz in den Alpen». Diese Programme zielen darauf ab, durch die Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Tourismus, Handel und dem Nationalpark neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Arbeit in den Nationalparkgemeinden beschränkt sich nicht nur auf Programme. Auch konkrete Projekte wurden bereits in Angriff genommen, wie z.B. der Umstieg auf biologische Landwirtschaft und die Einführung einer Schutzmarke für landwirtschaftliche Produkte. Der Nationalpark Triglav spielt heute also eine wichtige Rolle für die nachhaltige Entwicklung der Region.

Bewirtschaftungsmethoden und Landschaft

Es gibt sie tatsächlich, die Menschen, die anhand von Heustadeln feststellen, wie die Menschen früher gelebt und gearbeitet haben. Diego Giovanoli vom kantonalen Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege Graubünden ist einer von ihnen.



Diego Giovanoli

Giovanoli hat sich im Rahmen eines Kulturlandschaftskartierungsprojektes ausführlich mit den Auswirkungen verschiedener Bewirtschaftungsmethoden auf die Landschaft auseinandergesetzt und dabei einige sehr interessante Entdeckungen gemacht.

So ist die zentralisierte Betriebsführung durchaus nichts Neues. Im Engadin z.B. brachten die BäuerInnen bereits im 16. Jahrhundert Personen und Vieh in einem einzigen Gebäude im Dorf unter. Sie hatten ein ausgeklügeltes Transportsystem entwickelt. In dieser Landschaft

sind Heustadeln eher selten zu finden. In anderen Tälern, wie in der Surselva und im Prättigau, wurde nicht das Futter in ein zentrales Futterhaus transportiert, sondern Mensch und Vieh begaben sich auf die Wanderschaft. Hier spielten die Heustadel zur (Zwischen-)lagerung des Futters eine zentrale Rolle und es entstand ein Landschaftstyp mit vielen, auf das gesamte Gemeindegebiet verteilten Gebäuden.

Der im gesamten Alpenraum anzutreffende Strukturwandel hat diese Wirtschaftsweisen und die dazugehörigen Heustadeln kräftig ins Schwanken gebracht. Wie man sie retten kann, ob man sie retten soll und was Siloballen mit Heustadeln zu tun haben, steht im Tagungsband-Beitrag von Diego Giovanoli.

«Die EU ist gewiss entschlossen, die Gemeinden zu einer nachhaltigen Entwicklung zu ermuntern, handelt dabei aber nicht konsequent. In der Gemeinde Sainte-Marie-du-Mont beispielsweise haben die LandwirtInnen die Möglichkeit, seitens der EU zwar Prämien für die Pflege von Grenzertragsböden zu erhalten, um die Aufgabe landwirtschaftlich genutzter Flächen hintanzuhalten, andererseits werden ihnen Aufforstungsprämien geboten, die doppelt so hoch sind.»
Thierry Chomel, Bürgermeister Sainte-Marie-du-Mont/F

Hingesagt ...

«Es zeigt sich, dass die Schädigung der Natur in mehr oder weniger grossen Teilbereichen auch schädliche Rückwirkungen auf uns selbst hat, auf unser Sozialverhalten und unsere Lebensqualität.»
Wolf Brunner, Arzt, Mittenwald/D

«Die Anrufung der Medien sollte für die NGOs nicht erster Schritt sondern ultima ratio sein.»
Claude Bumann, Gemeindepräsident Saas-Fee/CH

«Eines der grundlegenden touristischen Motive wird in den nächsten Jahren die Suche nach natürlicher und kultureller Vielfalt sein, der Erfolg der touristischen Zielorte wird hauptsächlich von der Bewahrung ihrer kulturellen Identität abhängig sein.»
Neda Kovačič, Volkswirtin, Kranjska Gora/CH

«Durch die Festlegung einer begrenzten Anzahl von Fahrzeugen können die Gemeinden einen weichen Übergang von einer im wesentlichen auf die vorbeifahrenden Touristen und auf den Genuss eines besonders vorteilhaften Standorts beruhenden Tourismuswirtschaft zu einem auf Natur, Ruhe und Qualitätservice beruhenden Tourismusangebot schaffen.»
Marcello Dondeynaz, Mitarbeiter des Referenten für Umwelt, Städtebau und Verkehr im Aostatal/I

«Eine nachhaltige Energiepolitik spielt eine Schlüsselrolle in der lokalen und regionalen Wirtschaftsförderung.»
Robert Horbarty, Energieberatungsbüro, Langenbruck/CH

«Die Vereine haben oft den Eindruck vermittelt, in einer zu absoluten Weise den Vorrang der Natur vor der ansässigen Bevölkerung durchsetzen zu wollen (Umweltpolitik), und sind erst viel später darauf gekommen, dass man Mensch und Wirtschaft bei der Interessensabwägung nicht vernachlässigen darf (Mitweltpolitik).»
Jean Pralong, St. Martin/CH

«Durch die Interessensgemeinschaft Bio-Emmentaler und ähnliche Projekte konnte der Anteil an der Bio-Produktion in der Region Signal von 6 auf 15% gesteigert werden.»
Barbara Hodel, Amt für wirtschaftliche Entwicklung Bern/CH

«Wir kennen offene Gemeinden, die wir sogar ohne Baugesuch auf Probleme aufmerksam machen können und dabei Gehör finden, und wir kennen andere Gemeinden, die trotz Projekteinsparungen bauen.»
Erika Zepf, WWF Wallis/CH

«Die Entwicklung der Städte hat die Alpenregion massgeblich geprägt und verändert. Gerade hier prallen Natur und Kultur, Ökologie und Ökonomie aufeinander, fokussieren dort in all ihrer scheinbaren Widersprüchlichkeit.»
Toni Kübler, Geschäftsführer «Alpenstadt des Jahres», Villach/A

Präsidium und Delegiertenversammlung haben getagt

Die Jahresfachtagung ist für die CIPRA der Anlass, an welchem – jedes Jahr in einem anderen Land – ein bestimmtes Thema vertieft wird. Daneben ist die oft lange Reise der CIPRA-Basis auch eine Gelegenheit, statutarische Geschäfte zu erledigen und Weichen für die CIPRA-Politik zu stellen.

Neben den Berichten des Präsidenten und der Geschäftsleitung wurden auch Jahresrechnung und Budget behandelt. Danach erhielten die Delegierten und die Präsidiumsmitglieder einen kurzen Überblick über den Stand der CIPRA-Projekte: Gemeindeförderung, Alpenreport und Sommerakademie sowie das Fortkommen der Alpenkonvention.

«Demokratisch-effiziente» Strukturen

An der Sitzung wurden auch die Statuten geändert. Viele Punkte wurden einfacher und übersichtlicher geregelt. Die wesentlichste inhaltliche Änderung ist – auf Wunsch des Präsidenten – eine

Beschneidung der präsidialen Allmacht. Die alten Statuten legten dem Präsidenten eine Fülle von Entscheidungsbefugnis in die Hand, welche vom 19köpfigen Präsidium oder gar der 42köpfigen Delegiertenversammlung nicht wahrgenommen werden können, weil sich diese Gremien aufgrund ihrer Grösse nur ein bzw. zwei Mal pro Jahr treffen. Damit der Präsident nicht alle dringenden Entscheide in «präsidialer Einsamkeit» zu fällen braucht, hat Andreas Weissen die Schaffung eines Vorstandes vorgeschlagen, der aus dem Präsidenten, den beiden Vizepräsidenten und dem Schatzmeister bzw. deren weiblichen Pendant besteht.

Bis nächstes Jahr...

Die CIPRA-Gremien haben zwei Resolutionen verabschiedet, deren Text auf Seite 6 dieses Infos wiedergegeben wird. Im weiteren wurde die Jahresfachtagung 1998 besprochen (siehe Kasten). Die nächste Präsidiumssitzung wird am 31. Januar und 1. Februar 1998 in Liechtenstein stattfinden.

Bis nächstes Jahr im sonnigen Locarno ...

CIPRA-Schweiz wird unter der Federführung von Pro Natura vom 22.–24. Oktober 1998 in Locarno (Tessin) ein Tagung zum Thema «Energie» durchführen.

Der Tagungsband zur CIPRA-Jahresfachtagung 1997

Alpen – Gemeinde – Nachhaltigkeit

Die «nachhaltige Entwicklung», seit dem Erdgipfel von Rio im Jahr 1992 in politischen Texten geradezu inflationär gebraucht, droht zu einem Allerweltsbegriff zu werden, unter dem jede(r) verstehen kann, was er/sie will. Wie sieht es diesbezüglich im Alpenraum aus?

Ist Nachhaltigkeit in den Alpen mehr als nur eine konsensstiftende Leerformel? Welche Rolle können und wollen die Gemeinden einnehmen? Im druckfrischen Tagungsband der CIPRA-Jahreskonferenz 1997 geben sowohl internationale ExpertInnen wie z.B. der Geograph Werner Bätzing als auch lokale AkteurInnen wie z.B. Bürgermeister von Alpengemeinden Antwort auf diese brennenden Fragen. Auch konkrete Umsetzungsprojekte wie das Gemeindeförderung «Allianz in den Alpen» werden vorgestellt.

Eine Richtungsänderung in den Alpen ist eine wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Notwendigkeit. Darin sind sich die ReferentInnen der Tagung einig. Und so komplex wie die derzeitigen Rahmenbedingungen, so vielfältig und innovativ sind auch die präsentierten Lösungsvorschläge. So stellt z.B. die Landschaftsplanerin Gerda Schneider, Professorin an der Universität für Bodenkultur in Wien der «konsensstiftenden Leerformel Nachhaltigkeit» einen konkreten Katalog von Qualitätsmerkmalen für «ein würdevolles, eigenständiges, eigenmächtiges, souveränes und letztlich liebevolles Dasein» aller AlpenbewohnerInnen entgegen. Philipp Spapens von den Freunden der Erde Europa präsentiert das Umwelttraum-Konzept, konkrete Zahlen und Forderungen an ein nachhaltiges Europa. Die Rolle moderner Kommunikationstechnologien wird vom Soziologen Franz Nahrada beleuchtet. Daneben wird z.B. auch die Rolle der politischen Instrumente für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung diskutiert, u.a. vom französischen Pädagogen und Bürgermeister Thierry Chomel.

Auch konkrete Umsetzungsbeispiele kommen im Tagungsband nicht zu kurz. Vorgestellt werden u.a. das Schweizer Projekt Energiestadt, Verkehrsbegrenzungsmaßnahmen im italienischen Aostatal und 24 konkrete Gemeindeprojekte zur Umsetzung der Alpenkonvention. Letztere decken nicht nur zwölf verschiedene Themen sondern auch alle sieben Alpenländer ab. Vertreten ist z.B. die Wiederbelebung eines italienischen Tales durch ein Kulturzentrum, die Umwandlung einer slowenischen Kaserne in ein Nationalpark-Besucherzentrum und umweltschonende Holznutzung durch Seil-

bringung in den französischen Alpen. Der letzte Teil des Buches ist dem Gemeindeförderung «Allianz in den Alpen» gewidmet. Hier werden die Leserinnen und Leser nicht nur über die Zielsetzungen und den Aufbau dieses Projektes, sondern auch über ganz konkrete Erfahrungen in den einzelnen

Ländern informiert. Auch die Perspektiven des Netzwerkes werden diskutiert, und spätestens hier wird den Leserinnen und Lesern klar, welch grosses Potential in der Gemeindeförderung steckt. Die ersten Schritte sind getan. Jetzt gilt es, die eingeschlagene Richtung mutig weiterzugehen. Der CIPRA-Tagungsband kann hier eine Hilfestellung leisten, nicht nur aufgrund der vielen wertvollen Informationen, sondern vor allem, weil er aufzeigt, dass das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung heute nicht nur von einigen wenigen, sondern von immer mehr und immer vernetzten Menschen angestrebt wird.



Alpen – Gemeinde – Nachhaltigkeit

CIPRA 1997/15

Der Tagungsband umfasst 220 Seiten. Es gibt neben der deutschen auch eine französische, eine italienische und eine slowenische Ausgabe. «Alpen – Gemeinde – Nachhaltigkeit» kann bei CIPRA-International und bei den nationalen CIPRA-Vertretungen (Adressen auf der letzten Seite) zum Preis von 30 CHF bezogen werden.

Resolution

für ein allgemeines Nachtfahrverbot für LKWs in den Alpen

verabschiedet von der Delegiertenversammlung der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA am 25. September 1997 in Bovec/Slowenien

Die Alpenkonvention, welche am 7. November 1991 unterzeichnet wurde, hält als Ziel fest, «Belastungen und Risiken im Bereich des inneralpinen und alpenquerenden Verkehrs auf ein Mass zu senken, das für Menschen, Pflanzen und Tiere sowie deren Lebensräume erträglich ist» (Art. 2 Abs. 2, lit. j).

Trotz dieser vornehmen Zielsetzung nimmt der Strassenverkehr weiterhin zu, während sich die Umweltbedingungen und die Lebensqualität entlang den Hauptverkehrsachsen gleichzeitig verschlechtern.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO legt fest, dass Menschen nachts einer Lärmbelastung von höchstens 55 dB(A) ausgesetzt sein dürfen. Entlang den Transitachsen wird dieser Wert fast überall überschritten. Die besondere Geländebeschaffenheit der Alpentäler begünstigt die Ausbreitung der Schallwellen. Dies bewirkt, dass in der Regel der gesamte besiedelte Talboden und auch die an die Strassen angrenzenden Talhänge von der Lärmbelastung betroffen sind. In der Schweiz ist seit 1934 ein generelles Nachtfahrverbot für LKWs in Kraft. In Österreich wurde am 1. Februar 1996 auf der Brennerroute für LKWs eine Nachtmaut zum dop-

pelten Tarif eingeführt. Dank dieser Massnahme hat sich der Schwerverkehr auf besagter Route in der Nacht um 60–70% reduziert. Trotz der positiven Effekte dieser Massnahme hat die EU beim Europäischen Gerichtshof Klage dagegen geführt.

Die in der Schweiz und in Österreich ergriffenen Massnahmen haben keine besonderen Nachteile für die Wirtschaft nach sich gezogen. Sowohl die Industrie wie auch das Transportgewerbe konnten sich diesen Vorschriften ohne grössere Probleme anpassen. Für die FahrerInnen der LKWs hingegen haben die Bestimmungen sicherlich den Vorteil, nicht mehr ermüdende Fahrten zu nächtlicher Stunde ausführen zu müssen.

Gestützt auf diese Erwägungen und im Bewusstsein, dass es sich nur um eine von verschiedenen notwendigen Massnahmen handelt, um die negativen Auswirkungen des Alpenstrassenverkehrs zu reduzieren, dass diese Massnahme aber kurzfristig angewandt werden könnte und unmittelbare Auswirkungen – zumindest während der Nacht – auf die Lebensbedingungen der vom Schwerverkehr betroffenen Bevölkerung zeitigen würde,

fordert die CIPRA die Europäische Union und die Regierungen der Alpenstaaten auf, ein allgemeines Nachtfahrverbot für LKWs in den Alpen zu einführen und unterstützt die entsprechenden Aktivitäten der Bürgerinitiativen und Umweltschutzorganisationen.

Resolution

für ein allgemeines Verbot von Helikopterflügen zu touristischen Zwecken in den Alpen

verabschiedet von der Delegiertenversammlung der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA am 25. September 1997 in Bovec/Slowenien

In den Alpen, wie in Berggebieten im allgemeinen, verursachen Helikopterflüge grosse Lärmmissionen, die schwerwiegende Auswirkungen auf Wildtiere haben und eine erhebliche Belästigung für die Menschen darstellen. Deshalb sollen Helikopterflüge auf das dringend Notwendige beschränkt werden.

Die Mehrheit der Helikopterflüge dient aber touristischen Zwecken: Heliskiing, Heliwandern, Helifischen, Helibiken, ...

Es gibt keine andere sportliche Aktivität, die so wenigen Menschen zugute kommt und gleichzeitig so viele belästigt. Um wenige dutzend Passagiere zu einem hoch gelegenen Ziel zu bringen, ist eine ganze Talschaft gezwungen, stundenlang Helikopterlärm zu ertragen. Insbesondere im Winter können solche Störungen für manche Wildtiere verheerend sein. Das – häufig unvermittelte – Auftauchen eines Hubschraubers treibt Tiere in die Flucht. In der Panik legen sie oft grosse Strecken zurück, was zu einem erhöhten Energieverbrauch führt.

Der wirtschaftliche Aspekt des Helitourismus ist unbedeutend; normalerweise führt diese Tätigkeit sogar dazu, dass sich gerade Touristen beschweren.

Helikopterflüge zu touristischen Zwecken sind in den einzelnen Alpenländern und -regionen unterschiedlich geregelt. In Deutschland und Liechtenstein sind sie praktisch verboten; in Frankreich wären sie ebenfalls verboten, es kommt jedoch regelmässig zu Verstössen gegen das Verbot, ohne dass dagegen Sanktionen ergriffen werden; in Österreich bestehen lediglich zwei Start- und Landeplätze in Vorarlberg, während Helitourismus auf dem übrigen Gebiet des Landes verboten sind; in der Schweiz, wo 43 Landeplätze vorhanden sind, werden jährlich bis zu 500 000 Passagiere transportiert; in Italien wird der Helitourismus vor allem in den Westalpen, im Adamello und in den Dolomiten, praktiziert, nur in der Autonomen Provinz Trient besteht ein allgemeines Verbot. Auch in Slowenien hat man unlängst mit Helitourismus begonnen.

Gestützt auf diese Erwägung und überzeugt von der Notwendigkeit, im Hochgebirge wieder Ruhe einkehren zu lassen,

fordert die CIPRA

die Alpenstaaten und deren Gebietskörperschaften dazu auf, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um ein allgemeines Verbot von Helikopterflügen zu touristischen Zwecken im gesamten Alpenraum zu erwirken.

Gemeindenetzwerk «Allianz in den Alpen»

Die Gemeinden nehmen das Schicksal des Netzwerkes in die Hand

Am 27. September haben die VertreterInnen der Pilotgemeinden im Rahmen der CIPRA-Jahreskonferenz offiziell das Gemeindenetzwerk «Allianz in den Alpen» gegründet. Nach einer sehr eingehenden Diskussion wurden die Statuten einstimmig angenommen. Das Netzwerk ist jetzt also ein eingetragener Verein. Ausserdem wurde ein Vorstand gewählt, Vorsitzender ist Walter Weiss, Bürgermeister von Naturns in Südtirol.



Bürgermeister und GemeindepräsidentInnen ...

Die «Pilotphase» ist abgeschlossen, jetzt beginnt die «Netzwerkphase», in der die Gemeinden die Verantwortung übernehmen. Diese Entwicklung, die sich die CIPRA vom Beginn des Projektes an zum Ziel gesetzt hatte, zeigt wie motiviert die Gemeindeverantwortlichen sind. Die CIPRA hat nunmehr ihre NGO-Rolle als Impulsgeberin für den Start des Netzwerkes erfüllt und den Gemeinden das Kommando übergeben.

Gründungsversammlung

Das Hauptziel der Gründungsversammlung war die Verabschiedung der Statuten. Die 24 Gemeindevertreterinnen und -vertreter haben die einzelnen Punkte des ihnen vorgelegten Statutenvorschlags in einer sehr angenehmen Atmosphäre eingehend diskutiert. Einige Gemeinden konnten aus terminlichen Gründen nicht an dieser Sitzung teilnehmen, werden aber auch in Zukunft dem Kreis der Netzwerksgemeinden angehören.

«Brennpunkt Alpen» – Sommerakademie in Liechtenstein

Die Vorbereitungen für die Sommerakademie in Liechtenstein sind voll im Gang. Wir werden im ersten CIPRA-Info im neuen Jahr ausführlich darüber berichten.



... nach der erfolgreichen Vereinsgründung.

Netzwerkes – über die Jahrtausende hinaus – sicherzustellen.

Die CIPRA und das Netzwerk

Die CIPRA hat das Netzwerk konzipiert und war in der Pilotphase gemeinsam mit dem Alpenforschungsinstitut in Garmisch-Partenkirchen für das Projektmanagement verantwortlich. Sie stellte von Anfang an klar, dass sie von den Gemeinden erwartete, dass diese das Schicksal des Gemeindenetzwerkes nach der Pilotphase selber in die Hand nehmen. Diese Herausforderung wurde von den Pilotgemeinden angenommen, und die CIPRA ist darüber sehr erfreut. Für die nächste Phase hat die CIPRA den offiziellen Netzwerkinstanzen ihre Mitarbeit angeboten, dieses Angebot wird derzeit geprüft.

Ausweitung des Netzwerkes auf andere Gemeinden

Die in Bovec spürbare Dynamik ist vielversprechend. Die Chemie zwischen den GemeindevertreterInnen stimmt und wird immer spürbarer (nach Igls und Vals war dies bereits das dritte Treffen). Der Grundstock des Netzwerkes steht. Wenn das Netzwerk seinen Zielsetzungen gerecht werden soll, ist aber ein gewisser «Ausbau» unumgänglich. Die Ausweitung des Netzwerkes ist daher neben der Intensivierung der Kommunikation zwischen und der Vertiefung der Arbeit in den Gemeinden eines jener Ziele, die sich die Gemeinden für die Zukunft gesetzt haben. Am Netzwerk interessierte Alpengemeinden sind herzlich willkommen!

Broggi neuer WSL-Direktor

Mario F. Broggi, langjähriger Präsident von CIPRA-International, wird Direktor der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL).

Mario F. Broggi, 53, Doktor der Forstwissenschaft und Inhaber eines Ökobüros in Schaan (FL) mit Niederlassungen in Zürich und Wien, stand der CIPRA von 1983 bis 1992 als Präsident vor.



Nach seinem Rücktritt als Präsident blieb die CIPRA an der Geschäftsstelle in Liechtenstein, die Broggi eingerichtet hatte. In verschiedenen Projekten fand weiterhin eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der CIPRA und Broggi statt.

Broggi wird einem Team von ungefähr 350 MitarbeiterInnen vorstehen. Seine hervorragenden Kenntnisse im Bereich Alpen wird er in der WSL sicher bestens verwenden können.

Die CIPRA wünscht ihrem ehemaligen Präsidenten in seiner neuen Aufgabe alles Gute!

CIPRA Österreich: Neuer Vorsitzender, neue Geschäftsführerin

Seit Juni 1997 hat CIPRA Österreich einen neuen Vorsitzenden: Univ. Prof. Dr. Friedrich Reimoser folgte MR DI Ingwald Gschwantl nach, der den Vorsitz zu Beginn des Jahres aufgrund zahlreicher internationaler Verpflichtungen im Forstsektor zurücklegen musste. Der neue Vorsitzende ist Wildökologe am Forschungsinstitut für Wildtierkunde und Wildökologie der Veterinärmedizinischen Universität Wien und hat im Jahre 1988 im Rahmen einer Mitarbeit im Fachausschuss Wald - Wild - Weide erste Kontakte zu CIPRA Österreich geknüpft.



Auch die Geschäftsleitung wurde neu besetzt: Mag. Jasmine Bachmann folgte Dr. Christoph Wildburger, der sich zunächst seinem Nachwuchs und dann neuen Herausforderungen im NGO-Bereich widmen wollte. Jasmine Bachmann ist Biologin aus Südtirol, die



an der Universität Wien, Abteilung für Vegetationsökologie und Naturschutzforschung diplomierte.

Das neue Team will verstärkt die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen von CIPRA Österreich pflegen und weiterhin eine Plattform bieten, um aktuelle Fragestellungen des Alpenbogens zu diskutieren.

Raiffeisen Förderungspreis Naturforum Weissensee 1998

Am Naturforum Weissensee gibt es 1998 zum fünften Mal den Raiffeisen-Förderungspreis zu gewinnen. Prämiert wird ein herausragendes, bereits in Realisierung befindliches Projekt im Bereich Kooperation zwischen Tourismus und Landwirtschaft: Landschaftsgestaltung und Landschaftserlebnis.

Die Beurteilung der Projekte erfolgt u.a. nach dem Gesamtkonzept, der Umweltverträglichkeit, dem Innovationsgrad, der bisherigen Umsetzung und der Aktivierung der Beteiligten.

Unterlagen und Auskünfte gibt's bei: Naturforum Weissensee, A-9762 Weissensee, Tel. 0043 4713 / 2220-0, Fax -44.

Natura 2000 Netzwerk in Frankreich: man beginnt mit den Alpen

Frankreich ist mit der Umsetzung der Habitat-Richtlinie der EU in Rückstand geraten. Laut diesem 1992 angenommenen Text muss jeder Staat ein Netzwerk von Gebieten mit einem besonderen Reichtum empfindlicher Tier- und Pflanzenarten ausweisen. Ziel ist die Schaffung des Schutzgebietnetzes «Natura 2000». Die neue französische Umweltministerin Dominique Voynet versucht, den Rückstand aufzuholen.

1996 hat die französische Regierung aus innenpolitischen Gründen, wegen des Widerstandes der LandwirtInnen, der JägerInnen und der FörsterInnen, das Umsetzungsverfahren der Habitat-Richtlinie eingefroren. Deren Ziel ist es, dass sich die betroffenen Gebiete über 15% des Staatsgebietes erstrecken. Die nächste Regierung erstellte eine neue Liste, laut der diese Fläche nur bei 2.5% liegt. Davon war die EU naturgemäß nicht begeistert.

Rechtliche Schritte gegen Frankreich und Deutschland?

Im Kreis der Alpenkonventionsländer sind Frankreich und Deutschland bei

der Umsetzung der Habitat-Richtlinie Schlusslichter. Aus Brüssel verlautete, dass Anfang 1998 der Europäische Gerichtshof in Luxemburg angerufen werden könnte, wenn keine Massnahmen ergriffen werden.

Erste Liste von 74 Gebieten in Frankreich

Seit der Ernennung von Dominique Voynet zur Umweltministerin unternimmt das Umweltministerium grosse Anstrengungen, um den Rückstand aufzuholen. Mitte Oktober wurde die erste Liste zur Analyse nach Brüssel übermittelt.

Die 74 vorgeschlagenen Gebiete befinden sich ausschliesslich in den Alpen.

System der besonderen Schutzgebiete

Jedes EU-Land sollte bereits eine nationale Gebietsliste an die EU übermitteln haben. Brüssel muss dann ein Verfahren zu Festlegung von Gebieten von EU-weitem Interesse einleiten. Diese müssen von den Mitgliedsstaaten als besondere Schutzgebiete (SACs) ausgewiesen werden.

In Frankreich scheinen die Alpen an erster Stelle zu stehen. Mit dieser Vorgangsweise setzt das Umweltministerium ein interessantes Signal. Bleibt zu hoffen, dass die anderen Struktur-, Umwelt- und sozioökonomischen Probleme der französischen Alpen (v.a. des südlichen Teils) von den französischen Behörden wirklich wahrgenommen werden und man sich entscheidet, effizienter zu arbeiten.

9. Sitzung des Ständigen Ausschusses:

Kaum Fortschritte bei der Alpenkonvention

Zwischen dem 8. und dem 10. Oktober 1997 tagte in Ljubljana der Ständige Ausschuss der Alpenkonferenz. Das Ergebnis der Sitzung ist äusserst mager: Der Alpenprozess droht allmählich einzuschlafen.

AW. Bei den Protokollen «Verkehr» und «Energie» wurden keinerlei Fortschritte erzielt. Und beim Protokoll «Bodenschutz» bleibt eine gewichtige Differenz zwischen Frankreich und den übrigen Signatären in Bezug auf die touristischen Infrastrukturen. So werden die Umweltminister an der vierten Alpenkonferenz im Mai 1998 über zwei Versionen zu entscheiden haben.

Allgemein krankt das Bodenprotokoll an zu vielen unverbindlichen Kann-Formulierungen. Die Zielvorgabe der Rahmenkonvention wird so nicht erfüllt, auch wenn durchaus positive Ansätze, auch zum quantitativen Bodenschutz, zu orten sind.

Die sprachliche Bereinigung der ersten fünf Protokolle soll noch vor Ende November 1997 abgeschlossen sein. Doch Freude mag deswegen keine aufkommen, sind doch seit der Unterzeichnung der drei Chambery-Protokolle im Dezember 1994 bereits drei volle Jahre verstrichen. Damit eine derartige Trägheit in Zukunft nie mehr vorkommen wird, hat der Ständige Ausschuss be-

schlossen, der Alpenkonferenz nur mehr bereinigte Protokolltexte vorzulegen.

Das Alpen-Beobachtungs- und Informationszentrum (ABIS) hat seine Arbeit aufgenommen und möchte bei der Alpenkonferenz im März mit einer attraktiven Präsentation aufwarten. Allerdings müsste der Ständige Ausschuss bald einmal entscheiden, welche Daten überhaupt erhoben werden sollen. Es braucht politische Leitplanken, damit die nationalen Informationszentren und das ABIS wirklich wertvolle Arbeit leisten können.

Nach wie vor heftig umstritten bleibt die Einrichtung des Ständigen Sekretariats. Die deutsche Delegation verlangte gar, das Thema von der Tagesordnung der Alpenkonferenz zu streichen. Dabei bräuchte die Alpenkonvention nichts dringender als einen kräftigen professionellen Schub, um die gravierenden Schwächen in Organisation und Kommunikation zu überwinden.

Wann ratifizieren Italien und die Schweiz?

An der 9. Sitzung des Ständigen Ausschusses stellten die beiden säumigen Länder Italien und Schweiz in Aussicht, die Rahmenkonvention noch in der ersten Hälfte 1998 zu ratifizieren.

AW. In Italien klärt zur Zeit ein Parlamentsausschuss die Möglichkeiten ab, wie die Regionen stärker in den Vollzug der Alpenkonvention eingebunden werden können. Die Verteilung der Kompetenzen ist ein wichtiges Element des italienischen Ratifizierungsgesetzes.

In der Schweiz hat die Regierung die Botschaft zur Ratifizierung verabschiedet. Allerdings droht eine weitere Verzögerung, will doch die Umweltkommission des Parlamentes die Ratifizierung der Alpenkonvention aufschieben, bis die Revision des Raumplanungsgesetzes abgeschlossen ist. Regierungsmitglieder der Gebirgskantone, die der Alpenkonvention früher skeptisch gegenüber standen, haben die Verknüpfung der beiden Geschäfte als unhaltbares taktisches Manöver kritisiert und die unverzügliche Ratifizierung der Alpenkonvention durch die Schweiz gefordert.

Österreich: Kommunikationsprogramm Alpenkonvention



Seit zehn Jahren begleitet die Alpenkonvention der Vorwurf, sie wäre eine abgehobene Sache für wenige Experten und Beamte - nicht ganz zu Unrecht. CIPRA Österreich gibt Gegensteuer.

CIPRA-Österreich leistet zusammen mit den Mitgliedsvereinen kontinuierliche Informationsarbeit und richtete ein «Alpenkonventionsbüro» als ständig besetzte Anlaufstelle ein. Damit trägt die CIPRA wesentlich zur verbesserten «Bodenhaftung» der Alpenkonvention bei.

Information ist allerdings das eine, Fortschritt ein zweites. Die Implementierung der Konvention und ihrer Protokolle in Österreich ist durch die aus-

stehenden Einigungen beim Verkehrs- und Energieprotokoll stark gehemmt. Ohne Abschlüsse mit Anstand in diesen beiden sensiblen Bereichen stünde es letztlich schlecht um das alltagspolitische Gewicht der Alpenkonvention, insbesondere in Gemeinden und Regionen.

Beiträge, die das Überwinden bestehender Barrieren bei Verkehr und Energie näher rücken lassen, ohne dafür unverzichtbare Inhalte zu opfern,

stehen somit hoch im Kurs. Sie müssen jedoch gemeinsam mit den Vereinen und Initiativen erarbeitet werden, die Motoren der Alpenkonvention sind, und den lokalen und regionalen Entscheidungsträgern kommuniziert werden.

Ein entsprechendes Programm für Motivations- und Kommunikationsarbeit wurde CIPRA-Österreich 1997 vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie ermöglicht. Mit Politikberatung, Brennpunktveranstaltungen, Seminaren für Multiplikatoren und der Fortführung des regelmässigen Newsletters zur Alpenkonvention können konstruktive Beiträge geleistet werden, damit der Spagat zwischen den langen, mühsamen Verhandlungen und dem Problemdruck in den Regionen nicht in eine Zerreihsprobe mündet.

Reinhard Gschöpf, CIPRA-Österreich

Wanderwege und Wanderwegmarkierungen in Europa

Babylonische Verwirrung? Nein, danke

Im Unterschied zur Strassenbeschilderung, die weltweit einheitlich geregelt ist, bestehen bei der Markierung der Wanderwege nicht nur zwischen den einzelnen Staaten, sondern mitunter auch auf regionaler Ebene erhebliche Unterschiede. Wer die Wanderwege Europas kennt, weiss um die Schwierigkeit, sich im Labyrinth der diversen Schilder, Zeichen, Formen und Farben, die jeweils für die Markierung der Bergpfade benutzt werden, zurechtzufinden.



Vielorts fehlt eine nationale oder regionale gesetzliche Regelung über «wie», «wieviel» und «was» markiert werden soll, zur Gänze. Daher auch die babylonisch anmutende Verwirrung. Das komplexe Thema wurde denn auch im Rahmen des letzten Bergfilmfestivals von Trient, einer der wichtigsten internationalen Veranstaltungen über Alpinistik, diskutiert. Neu ist, dass die VertreterInnen der europaweit grössten Alpenvereine und Wanderorganisationen nach jahrzehntelanger selbstgefälliger Eigenbrötelei nun seit einigen Monaten an einem gemeinsamen Tisch sitzen. Dabei soll geprüft werden, ob konkrete Möglichkeiten für die Schaffung eines «Europas der Wanderwege» und die Voraussetzungen für eine europaweite Angleichung der Wanderwegmarkierungen bestehen.

Warum die Markierung von Wanderwegen vereinheitlichen? Welche Vorteile verspricht man sich davon? Eine Angleichung der Markierungsvorschriften scheint schon allein aus Achtung vor den jeweiligen naturräumlichen und kulturellen Gegebenheiten erstrebenswert zu sein. Eine Vereinheitlichung der Markierungen und Wanderkarten bedeutet nämlich, sich für einheitliche Kriterien zu entscheiden und nach diesen vorzugehen. Durch eine effiziente Wegweisung können die Zielorte diversifiziert, die BesucherInnenströme besser gesteuert und somit die Umweltbelastungen gemindert werden. Nicht selten kommt es zudem vor, dass Wanderwege, die aus «ökologischen Gründen» markiert wurden, den Besuchern verborgen bleiben oder gar aufgelassen

werden. Hinzu kommt der Faktor Sicherheit: Die Kasuistik der Bergunfälle und der zunehmende Ausflugsverkehr machen es dringend notwendig, dass sich die Alpenvereine, die Wanderorganisationen und die Gebietskörperschaften ihrer Verantwortung stellen. Aus tourismuspolitischer Sicht trägt ein einheitlicher Markierungsplan der Wanderwege einer Gebirgsgruppe oder eines Tales nicht nur zur Attraktivitätssteigerung derselben, sondern zur Aufwertung des gesamten Gebietes bei, zumal das bestehende Infrastrukturangebot umfassend dargestellt ist. Werden einheitliche Standards bei der Markierung von Höhen- oder Rundwanderungen angewandt, so kann der Wanderweg wahrlich zu einer «touristischen Attraktion» mit keiner oder nur minimaler Umweltbeeinträchtigung werden. Die Farbgebung der Markierungen, aus technischer Sicht sicherlich das kleinste Problem, erlangt dann vorrangige Bedeutung, wenn eine Vereinheitlichung der Wanderwegmarkierungen in Europa vor allem aus historischen und psychologischen Gründen angestrebt werden soll. Zu diesem Aspekt möchte ich lediglich vermerken, dass bei den Markierungen die Farben weiss-rot überwiegen. Man denke an die Wegmarkierungen der Weitwanderwege in Frankreich, an die Markierung der Bergpfade in der Schweiz, an die durch den DAV (Deutscher Alpenverein) und



Die vom CAI festgelegten nationalen Standards für die Markierung der Wanderwege

Diese Standards wurden unter Berücksichtigung der jahrzehntelangen Erfahrungen auf diesem Gebiet erarbeitet, sie lassen sich leicht anwenden und unterscheiden sich von diversen Lösungen, die in Italien und Europa bereits erprobt wurden. Wesentliche Kriterien für die vom CAI ausgearbeiteten Standards waren die Einfachheit und Modularität des Systems sowie die Gewährleistung einer möglichst geringen Umweltbelastung. Als Material für die Wegweiser können Recycling-Holz, -Stahl oder -Kunststoff verwendet werden. Für das Fähnchen ist unabhängig von der Art des Weges bzw. der Wanderung einheitlich die Farbenkombination rot-weiss-rot zu verwenden.

ÖAV (Österreichischer Alpenverein) markierten Wanderwege in Deutschland und Österreich, an die Wegmarkierungen in Slowenien in Form eines weissen Stempels mit rotem Mittelbereich, an die Markierung der Wanderwege durch den CAI (Club Alpino Italiano) in Italien und durch den AVS (Alpenverein Südtirol) in Südtirol. Angesichts des steigenden Ausflugsverkehrs haben wir als CAI einheitliche nationale Kriterien für die Markierung von Wanderwegen ausgearbeitet und verabschiedet, die unter anderem bereits von zahlreichen Nationalparks und regionalen Naturparks, von Berggemeinschaften und Gebietskörperschaften angewandt werden. Unser Anliegen ist es, unter der Schirmherrschaft des CAI ein Arbeitsforum einzurichten, in dem die VertreterInnen sämtlicher Alpenvereine zur Erörterung und Abstimmung der anstehenden Fragen auf dem Gebiete der Wanderwegmarkierung zusammenarbeiten. Zusammen mit RechtsexpertInnen sollen juristische Fragen geklärt sowie die technischen und rechtlichen Grundlagen für die Anwendung von einheitlichen Markierungsstandards erfasst werden. Obwohl der Weg dorthin mühsam sein wird, glauben wir doch, einen ersten wichtigen Schritt getan zu haben.

Pier Giorgio Oliveti, Vorsitzender der zentralen Kommission für das Wandern des Club Alpino Italiano.

Kontaktadresse: CAI, Commissione centrale per l'escursionismo, Via E.F. Pimentel 7, I-20121 MILANO (MI), Tel. 0039-2-261 43 78, Fax. 0039-2-26141395

Regionale Naturparke: lokale Akteure als Entscheidungsträger

Unter Naturpark können sich im deutschsprachigen Raum wenige etwas Konkretes vorstellen. Ein Blick nach Frankreich und Italien zeigt, dass derartige Schutzgebiete einiges zu bieten haben und nicht nur die Natur, sondern auch der Mensch von ihnen profitiert.



Wanderhütte «Panda» im Regionalen Naturpark des Vercors (Frankreich)

In Frankreich wurde 1967 mit den regionalen Naturparks ein Gegenstück zu den vorrangig auf Schutz ausgerichteten Nationalparks geschaffen. Die multifunktionale Schutzgebietskategorie stellt auch für relativ dicht besiedelte Gebiete ein flexibles Instrument zur Erhaltung des Natur- und Kulturerbes und der Erholungsnutzung dar. Die 6 regionalen Naturparke in den französischen Alpen sind im ganzen Alpenbogen einzigartig und werden oft als Modell für integrale Raumordnung zitiert. Sie vereinen ökologische und ökonomische Zielsetzungen und zeigen ganzheitliche Lösungen für die Abstimmung von Schutz und Entwicklung auf.

Ehrenmitglied Dr. Fossel gestorben

Am 6. November ist Hofrat Dr. Curt Fossel, Ehrenmitglied von CIPRA-International und Ehrenpräsident von CIPRA-Österreich, im 85. Lebensjahr in Graz gestorben. Curt Fossel war von 1976 bis 1983 Präsident von CIPRA-International. Noch Ende September nahm er an der Delegiertenversammlung und der Jahresfachtagung der CIPRA in Bovec/SLO teil. Vor genau 20 Jahren hatte Curt Fossel ebenfalls in Bovec die CIPRA-Jahresfachtagung organisiert. In Bovec hat er der heutigen CIPRA-Geschäftsleitung die Tagungsunterlagen von anno dazumal überreicht.

Die CIPRA spricht den Angehörigen von Hofrat Fossel in dankbarem Andenken ihr aufrichtiges Beileid aus.

Die ökologischen und ökonomischen Zielsetzungen werden in einer von den lokalen und regionalen Akteuren erarbeiteten Charta festgelegt. Diese umfasst folgende Punkte

- Schutz des Natur- und Kulturerbes
- soziale und wirtschaftliche Entwicklung
- Besucherbetreuung und -sensibilisierung
- Modellprojekte und Forschungsprogramme

Die Charta wird auf Initiative der Regionen von diesen in Absprache mit den betroffenen Gebietskörperschaften ausgearbeitet. Zusätzlich wird ein mehrjähriges Aktionsprogramm erarbeitet. Die Ausweisung als Regionalpark ist für jeweils 10 Jahre gültig. Das Verwaltungsorgan, meist ein Beirat aus VertreterInnen lokaler und regionaler Verwaltungseinrichtungen und Interessensvertretungen, stellt das Funktionieren des Parks sicher, überwacht die Einhaltung der Charta, schlägt Änderungen für die Verlängerung der Ausweisung vor und stellt sicher, dass ausreichend Aktivitäten gesetzt werden.

Die Finanzierung wird von den Körperschaften sichergestellt, die den regionalen Naturpark bilden. Die Verwaltungskosten werden durch eine Steuer gedeckt. Oft erfolgt 90% der Finanzierung durch Departements, Städte und Regionen, das Umweltministerium zahlt jährlich einen Unterstützungbeitrag aus. Die Investitionen werden meist je nach Projekttyp in Tranchen getätigt.

Der rechtliche Status der Charta ist immer noch umstritten. Der Vertrag ohne Sanktionsmöglichkeit wirft manchmal Probleme auf, v.a. dann, wenn unterschiedliche Interessen im Spiel sind.

Andererseits ist die gemeinsam erarbeitete Charta eine akzeptierte Verhaltensrichtlinie für alle Akteure. Insgesamt kann in den Bereichen Besucherbetreuung, Tourismus, Freizeit und Kultur eine positive Bilanz gezogen werden, während der Bereich Naturschutz nicht ganz so positiv abschneidet.

In Italien dienen Natur- und Regionalparke vorrangig dem Schutz der Natur, Entwicklungs- und Erholungskonzepte stehen an zweiter Stelle. Diese Mini-Nationalparke sind in den italienischen Alpen sehr häufig zu finden.

Auf nationaler Ebene definiert das Rahmengesetz der Schutzgebiete aus dem Jahr 1991 den regionalen Naturpark als homogenes System, das sich durch natürliche Landschaften, landschaftlichen Wert, künstlerische Kulturgüter und die kulturelle Tradition der lokalen Bevölkerung auszeichnet. Grundprinzip ist die Beteiligung der Einheimischen an der Einrichtung und Verwaltung des Naturparks, diese erfolgt in Anpassung an die verschiedenen Rahmenbedingungen der einzelnen Regionen.



Naturpark Paneveggio-Pale di San Marino (Italien)

Die Parke scheinen trotz der unterschiedlichen Ausgangslage ein Erfolg zu sein. Der gilt aufgrund des regionalen Koordinationsbüros als die bestorganisierte Region. Das Büro strebt danach, die Aktionen zur Umwelterhaltung effizienter zu gestalten. Man strebt danach, das System durch die Vergrößerung der Schutzgebiete, den Abbau der Bürokratie, die gezielte Verwendung der Mittel, den Austausch von Personal und die optimierte Verteilung der Mittel von Staat, Region, Provinz und Gemeinden zu stärken.

Diese Form der Raumordnung ist eine ständige Herausforderung. Ihr vertraglicher Charakter kann den idealen Rahmen für die Entwicklung lokaler Initiativen bilden. Sie kann auch zu einem spekulativen Instrument werden, das von seinem ursprünglichen Ziel abweicht. In diesem Zusammenhang spielen die Gebietskörperschaften eine entscheidende Rolle.

Schauplatz Alpen. Gratwanderung in eine europäische Zukunft

Peter Glauser, Dominik Siegrist; 205 Seiten, 1997, Ed. Rotpunktverlag, ISBN 3-85869-13. Postfach 397, CH-8026 Zürich, deutsch, CHF 43.–

In ihrem neuen Werk geben Dominik Siegrist und Peter Glauser einen umfassenden Überblick über die aktuelle Situation in den Alpen. Sie diskutieren verschiedenste, oft eng miteinander verflochtene Bereiche: Wirtschaft und Arbeitsplätze, Bergpolitik, Tourismus, Landwirtschaft, Verkehr, Energie, Klimawandel und Landschaft. Ihre generellen Überlegungen zur Lage der Alpen im Zeitalter der Globalisierung und der europäischen Integration illustrieren die beiden Autoren immer wieder durch konkrete Beispiele, wie das Autobahnprojekt durch den Mercantour in Südfrankreich, den Landschaftswandel in Tirol zwischen 1800 und 1955

oder das Ozonloch über den Alpen. Die Ausführungen werden durch zahlreiche informative und ansprechende Abbildungen untermalt.

Die Autoren zeigen in ihrem Buch nicht nur auf, welcher sensibler Raum die Alpen sind. Sie nehmen die aufgezeigten wirtschaftlichen, politischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen zum Anlass, eine exemplarische, nachhaltige Entwicklung für die Alpen zu fordern. Und sie liefern auch gleich das Rüstzeug für die daraus resultierende Gratwanderung.

Good Practice Guide – Schutzgebietenbetreuung in Österreich

Schutzgebiete gibt es im Alpenraum viele. Betreute Schutzgebiete hingegen sind immer noch eine Seltenheit. Wer wissen möchte, wozu welches Schutzgebiet nun eigentlich gut ist und wie die Zielsetzungen der Unterschutzstellung auch erreicht werden können, kann dies nun im Good Practice Guide des OeAV nachlesen. Hier werden in übersichtlicher Weise nicht nur verschiedene Kategorien von Schutzgebieten vorgestellt, es wird auch detailliert über bisherige Erfahrungen und Erfolge der Betreuung einzelner Gebiete berichtet. Dabei werden auch immer Empfehlungen für vergleichbare Schutzgebiete abgegeben. Die ansprechende und informative Broschüre ist also nicht nur für ÖsterreicherInnen interessant, sondern enthält wertvolle Informationen für

alle an Schutzgebieten interessierten Personen auch in anderen Alpenländern.

Günther Jaritz, Serie: Fachbeiträge des Österreichischen Alpenvereines (OeAV), Alpine Raumordnung Nr. 13, 64 Seiten, Innsbruck 1997; kostenlose Zusendung, erhältlich beim OeAV, Postfach 318, A-6010 Innsbruck

Feste im Alpenraum

Während des ganzen Jahres 1996 waren rund 90 Journalistinnen und Journalisten, Fotografen und Fotografinnen in der Schweiz, Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien, Slowenien und Liechtenstein unterwegs, um die vielfältigen Feste des Alpenbogens zu dokumentieren. 350 Bilder wurden exklusiv für dieses Buch aufgenommen. Die Texte sind bewusst keine trockenen Abhandlungen über das Brauchtum in den Alpen, sondern lebendige Reportagen. Die Autorinnen und Autoren berichten, was sie gesehen haben, und lassen die Einheimischen zu Wort kommen. Kurztexthe beschreiben interessante, mit dem Fest oder dem Ort des Geschehens verbundene Aspekte, ab und zu wird ein zum Fest gehörendes Rezept vorgestellt. Ein Informationskasten mit Tips und Adressen beschliesst den Text.

Dieses Buch über Feste, seien sie traditioneller oder moderner Art, setzt ein wichtiges Zeichen. Hier wird nicht nur über den gesamten Alpenraum, sondern auch für den gesamten Alpenraum berichtet: in einer deutschen, französischen und italienischen Ausgabe.

Migros-Presse, Zürich 1997, 359 Seiten, erhältlich in deutsch, englisch, französisch und italienisch, ISBN 3-9521210-0-2

Alpenreport

Der erste Band des Alpenreports, den die CIPRA mit grosszügiger Unterstützung der Peter-Kaiser-Stiftung, Vaduz, herausgibt, wird im Frühjahr 1998 in vier Sprachen erscheinen. Er wird ca. 400 Seiten umfassen und – entgegen den ursprünglichen Plänen – nicht als Taschenbuch, sondern in einem grösseren Format gedruckt. Die vier Verlage waren sich einig, dass das Taschenbuch-Format der Bedeutung des Werkes nicht gerecht wird. Wir werden im ersten CIPRA-Info im neuen Jahr ausführlich darüber berichten.

Adressbereinigungen nach A1, Nr. 552 melden.

Züriffindendes durchkreuzen – Marquer ce qui convient Perire una crocetta secondo il caso	Un- bekannt Sconosciuto Non noto scritto	Nicht abgehoht Non rec. Mancante ritirato	Gestorben Deceduto Deceduto
Wappenzug: Nachsendefrist abgelaufen Terminato: Dati scaduto Terminato di spedizione scaduto	Adresse ungültig Insufficiente	Annahme verweigert Refusato Rifiutato	

Impressum

Mitteilungen der CIPRA – Erscheint 4mal jährlich – Redaktion: Andreas Götz, Michel Revaz, CIPRA-International – AutorInnen: Emanuelle Brancz, Andreas Götz, Reinhard Gschöpf, Pier Giorgio Oliveti, Michel Revaz, Andreas Weissen, Renate Zauner – Fotos: Emanuelle Brancz, Aleš Fon, Pier Giorgio Oliveti – Übersetzungen: Emanuelle Brancz, Lea Caharija, Sophie Clerc, Abdelaziz Gouali, Carlo Gubbetti, Zdenka Hafner-Čelan, Renate Zauner – Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht – Gedruckt auf Altpapier – Deutsche, französische, italienische und slowenische Ausgabe – Gesamtauflage: 11 500 Stück – Druck: Gutenberg AG, Schaan/FL

CIPRA-International, Im Bretscha 22, FL-9494 Schaan,
Tel. 0041-75-237 40 30, Fax. 0041-75-237 40 31, e-mail: cipra@cipra.LOL.li

Nationale Vertretungen

CIPRA-Österreich, c/o ÖGNU Umweltdachverband, Alserstrasse 21/1/5, A-1080 Wien
Tel.: 0043-1-40 113-0, Fax: 0043-1-40 113-50, e-mail: Umweltdachverband@oegnu.or.at (subject:CIPRA)

CIPRA-Schweiz, c/o Pro Natura, Postfach, CH-4020 Basel
Tel.: 0041-61 317 92 30 u. 61 317 92 42, Fax: 0041-612 317 92 66, e-mail: mailbox@pronatura.ch

CIPRA-Deutschland, Waltherstrasse 29, D-80337 München,
Tel.: 0049-89 54 42 78 50, Fax: 0049-89 54 42 78 99

CIPRA-France, c/o CICM, Les Gandy, F-73670 Entremont-le-Vieux
Tel.: 0033-479 65 87 27, Fax.: 0033-479 65 87 27, e-mail: cicm@wanadoo.fr

CIPRA-Liechtenstein, c/o LGU, Im Bretscha 22, FL-9494 Schaan
Tel.: 0041-75-232 52 62, Fax: 0041-75 237 40 31, e-mail: lgu@lgu.LOL.li

CIPRA-Italia, c/o Pro Natura Torino, via Pastrengo 20, I-10128 Torino
Tel.: 0039-11-54 86 26, Fax: 0039-11-534 120, e-mail: pronto@arpnet.it

CIPRA-Slovenija, c/o Triglavski narodni park, Kridričeva 2, SLO-64260 Bled
Tel.: 00386-64 74 11 88, Fax: 00386-64 774 08

Regionale Vertretung:

CIPRA-Südtirol, c/o Dachv. f. Natur- u. Umweltschutz, Kornpl. 10, I-39100 Bozen
Tel.: 0039-471 97 37 00, Fax: 0039-471 97 67 55